

KURZ NOTIERT

von Luise Malchert

Die Autorin ist Südostasienwissenschaftlerin an der Universität Bonn.

■ Erster Zensus nach 31 Jahren - wer zählt in Burmas tief gespaltener Gesellschaft?

Burma ist noch immer, was aktuelle Informationen über Land und Leute angeht, ein weißer Fleck auf der Karte. Unermesslich groß ist die Wissenslücke, sowohl für politische Entscheidungsträger und Behörden, die vor sozialen und politischen Herausforderungen stehen, als auch für das interessierte Ausland. Der letzte offizielle Zensus stammt aus dem Jahr 1983, dieser schloss jedoch die Bürgerkriegsgebiete aus und lieferte somit nur unzureichende Zahlen. Der letzte vollständige Zensus stammt noch aus der Kolonialzeit.

Während der Zensus 2014 ein wichtiger erster Schritt ist, demographische Daten zu sammeln, sind Umfang und Durchführung umstritten. Die Regierung beschränkt sich nicht auf demo-

graphische Schlüsselfragen, sondern fragt ebenfalls die Bereiche Religion, Ethnizität und Status als Staatsbürger ab. Neben der Identitätsfrage hat die ethnische Klassifizierung auch direkte politische Auswirkungen. Ethnischen Gruppen werden ab einer bestimmten Größe laut Verfassung Ministerposten in lokalen Parlamenten zugesprochen. Besonders die großen Ethnien wie Karen, Chin und Kachin sehen sich und ihren politischen Einfluss bedroht, durch eine neue Unterteilung Bevölkerungsanteile zu verlieren. Gruppen wie die *Palaung State Liberation Front* verweigern ihre Kooperation beim Zensus, da sie sich als Palaung falsch klassifiziert sehen. Ethnische Mixidentitäten, Realität im Vielvölkerstaat, sind im Zensus ebenfalls nicht vorgesehen.

Riskant ist das Thema Religion. Burma erlebt eine erstarkende radikal-buddhistische Bewegung, deren Triebkraft vor allem Angst ist als buddhistische Mehrheit von Muslimen überrannt zu werden. Im Zensus von 1983 wurde, so nimmt man heute weitgehend an, der Anteil der muslimischen Bevölkerung deutlich nach unten korrigiert auf einen akzeptablen Wert von 4 Prozent. Tatsächlich dürfte der Anteil der Muslime über 10 Prozent gelegen haben. Der Zensus 2014 hat das Potential, der radikal-buddhistischen Bewegung starken Auftrieb zu geben, wenn der Anteil der Muslime scheinbar plötzlich (in den vergangenen 30 Jahren) angestiegen ist.

Irrawaddy 10.2.2014

Crisis Group 12.2.2014

■ ASEAN Forum der Zivilgesellschaft in Yangon

Vom 21.–23. März 2014 trafen sich in Yangon über 3.000 VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus allen ASEAN-Ländern und Ost-Timor. Damit war das Treffen das größte, seit es 2005 ins Leben gerufen wurde. Ursprüngliche Intention war ein Treffen von VertreterInnen der Zivilgesellschaft aller ASEAN-Länder vor dem ASEAN Summit stattfinden

zu lassen, damit ihre Forderungen und Ideen direkten Einzug in das Treffen der Staatsspitzen erhalten. Praktisch hat das in den Jahren 2010, 2012 und 2013 nicht funktioniert, Vietnam, Kambodscha und Brunei scheuten den direkten Kontakt mit der Zivilgesellschaft. 2014 kann es anders werden, Präsident Thein Sein hat bereits in ein 45-minütiges Treffen mit Vertre-

terInnen der Zivilgesellschaft im Rahmen des im Mai stattfindenden ASEAN Summits eingewilligt. Schlüsselthemen des Forums im März waren Frieden und Entwicklung, wobei ein großer Minuspunkt die Auflage war, keine Diskussion über das brisante und dramatische Schicksal der Rohingya führen zu dürfen.

The Nation 7.4.2014

■ Wohin mit den Vertriebenen?

Über 800.000 im Land Vertriebene (IDPs) existieren unter kritischen Umständen, und es werden ständig mehr. Die jüngsten Konflikte haben 140.000 Rohingya und 90.000 Menschen im Kachin State vertrieben. Viele leben in Camps, doch diese sind vor den Kämpfen zwischen der birmanischen Armee und den noch verbliebenen Armeen ethnischer Minderheiten nicht

sicher, die Menschen werden immer wieder vertrieben. Anfang April flohen 800 Bewohner des Lagat Yang Camps erneut vor den Kämpfen.

Daneben sind Zwangsräumungen für wirtschaftliche Projekte oder um Bauland zu gewinnen weiter auf dem Vormarsch. In einem Außengebiet Yangons machten die lokalen Behörden im Februar 2.000 Menschen obdach-

los, als sie ihre Häuser mit Bulldozern zerstörten. Eine kleine Gruppe von ihnen hat sich, trotz Widerstandes der Regierung, nun in »Rebellengebiet« angesiedelt. Sie kehren dem Staat den Rücken und siedeln in einem von der DKBA kontrollierten Teil des Karen States.

Irrawaddy 10.4.2014

Karen News 15.4.2014